

Vorort

Zeitung für das andere Vaihingen

www.vorort-vaihingen.de

Erst überall Gewerbebauten – Jetzt fehlen Wohnungen

Grünflächen heißen in Vaihingen Baulücken

Die Erkenntnis stammt bereits aus den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts: Eine weitere Bebauung der Vaihinger Höhenrandlagen ist aus stadtklimatologischer Sicht nicht zu verantworten. Insbesondere die Überbauung der Abflusswege der im Nordwesten des Stadtbezirks entstehenden Kaltluft bringe nicht nur eine weitere Verschlechterung der Luftqualität in Vaihingen, sondern habe mittel- bis langfristig auch verheerende Folgen für das Klima des gesamten Stuttgarter Stadtgebiets.

So die nachdrücklichen Warnungen der Stuttgarter Stadtklimatologen an Planer und den Gemeinderat, der sie in den Folgejahren buchstäblich in den Wind schlug. Und dabei hatten die Experten des Umweltamtes ihre Bedenken allein auf weitere Baukörper bezogen und Folgen wie steigendes Verkehrsaufkommen noch gar nicht berücksichtigt. Für die politisch Verantwortlichen von Schwarz bis Grün aber zählten bei ihren Entscheidungen nur noch die Kriterien Arbeitsplätze und Wachstum um jeden Preis. Jede abwägende Stadtplanung wurde umgestossen, wann und wo immer Großunternehmen mit einem Neu-

bau liebäugelten. Das brachte zwar in den wenigsten Fällen neue Arbeitsplätze, sondern nur die Verlagerung bereits bestehender nach Vaihingen, aber das Arbeitsplatzargument war ohnehin nur Vorwand. Bereits zu Beginn der 90er Jahre hatte man beschlossen, das Gewerbegebiet Vaihingen / Möhringen auf das doppelte seiner Baumassen zu verdichten, um weitere Gewerbeansiedlung zu fördern. Doch als der Telefonkonzern Debitel in den Unteren Grund wollte, andere in die Unteren Waldplätze, Audi-VW in die Kleingärten an den Honigwiesen, Häussler mit einem Daimler-Schulungszentrum mitten in den Ortskern, wurde ihnen



Der Frischluft den Rest gegeben: Wohnbebauung auf den letzten Freiflächen des Gewerbegebiets Unterer Grund

umgehend der Boden bereitet, Flächennutzungspläne geändert und neue Gewerbegebiete geschaffen. Die Verdichtung des bereits bestehenden fand dennoch, wenn auch etwas stockend, parallel statt. Was dort allerdings mit jedem Neubau vor allem wuchs, waren die Leerstände. Das Bürohochhaus an der S-Bahn steht bis heute größtenteils leer.

Anfang des neuen Jahrtausends konnte jeder die Ergebnisse des kurzfristigen Bediensens von Kapitalwünschen besichtigen: weil wo Wohnungen hingehört hätten oder Grünflächen erhalten bleiben, kopflos Gewerbe angesiedelt wurde, weist Vaihingen im Jahr 2000 ein Mißverhältnis von Arbeitsplätzen zu Einwohnern auf, wie es kein anderer Ort der Region kennt. Und weil dazuhin bei weitem nicht jeder Vaihinger Erwerbstätige auch in Vaihingen arbeitet, drohte der Stadtbezirk im Verkehr der Ein- und Auspendler zu erstickern. Was man dann durch weiteres Versiegeln von Freiflächen mit immer breiteren Ein- und Ausfallstrassen zu mindern versuchte.

Inzwischen kann auch der Gemeinderat die verhängnisvollen Folgen der Schiefelage nicht mehr verdrängen und versucht, gegen zu steuern. Allerdings nicht dadurch, dass brachliegende Büroflächen in Wohnungen umgewandelt oder für weiteren Bürobau vorgehaltene Flächen, wie etwa auf dem Gelände der Schwaben-Galerie in der Ortsmitte, dem Wohnungsbau zur Verfügung gestellt würden,

sondern indem nun auch noch die letzten verbliebenen Frei- und Grünflächen zu Baugebiete erhoben werden: Die letzte Grünschneise, die am Unteren Grund noch übrig war, zwei Hochhäuser in den Lauchäckern, die Klein- und Obstgärten in den Honigwiesen.

Verhältnis Einwohner zu Arbeitsplätzen 1999

Sindelfingen/Böblingen:
106.000 Einwohner
100.000 Arbeitsplätze

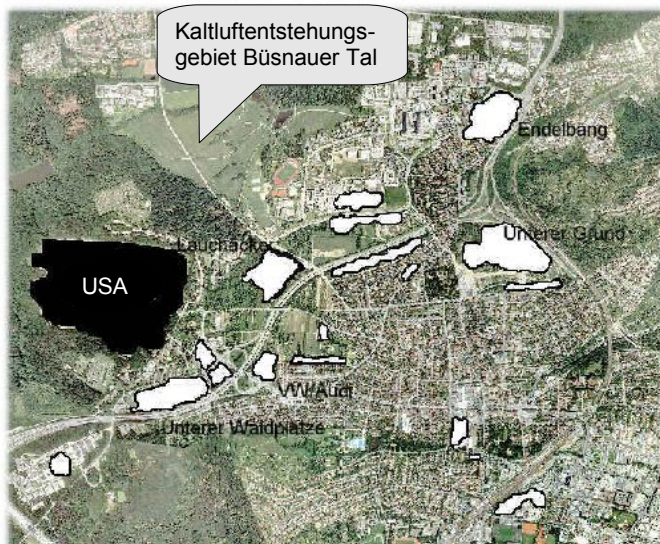
Leinfelden-Echterdingen:
35 000 Einwohner
20 000 Arbeitsplätze

Leonberg:
44 000 Einwohner
15 000 Arbeitsplätze

Stuttgart:
585 000 Einwohner
341 000 Arbeitsplätze

Vaihingen:
40 000 Einwohner
58 000 A + 15 000 Studenten
und Universitätsbeschäftigte

Um 10 000 Einwohner soll Vaihingen die nächsten 10 Jahre wachsen. Auch die Grünen finden das gut seit sie beschlossen haben, dass das Zubetonieren von Grünflächen nicht umweltschädlich ist, wenn es sich um „Verdichtung“ handelt. Dies bedeutet ihnen allerdings nicht nur, dass wo bisher ein Haus mit Garten stand, hinterher drei doppelt so hohe Häuser ohne Garten stehen. Als Verdichtung lassen sie auch die großflächige Bebauung ganzer an bestehende Wohngebiete angrenzenden Grünbereiche gelten. Und irgendwo grenzt natürlich jedes Naherholungsgebiet (**weiter Seite 4**)



Dem Kaltluftabfluß den Weg versperrt: Baugebiete im Vaihinger Nordwesten (weiße Flächen)

**FITNESS, SQUASH, BADMINTON ALL INCL.
3.000 M², 160 KURSE, 160 GERÄTE, VIER SAUNEN**

unser Weihnachtsgeschenk:

Trainieren Sie, lassen Sie sich beraten und genießen Sie danach den Wellnessbereich - kostenlos

**SENIOREN
GRATISWOCHEN**

vom 05.12.2005 bis Weihnachten*

* Mo bis Fr - 9:00 bis 12:00, Sa & So - 14:00 bis 18:00 Uhr

SPORT INSEL S-VAIHINGEN

Heßbrühlstraße 34, 70565 Stuttgart
Telefon (0711) 780 33 66
WWW.SPORT-INSEL-STUTTGART.DE



**CLUB
UNIVERSUM**

DISCO KONZERTE PARTY

Mittwoch 21.00 - 02.00h

Samstag 22.00 - 05.00h



Infos zu Konzerten & Parties unter
www.universum-stuttgart.de

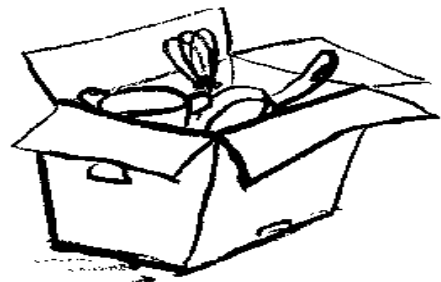
Pfaffenwaldring 45 Stgt-Vaihingen Unigelände



Grünschnabel
Naturkost & Naturwaren

Signundstr 1 · 70563 Stuttgart-Vaihingen · T 0711-735 25 02

**Bevor Ihnen die
Wohnung gekündigt
wird, sollten Sie mal
bei uns anrufen.**



Lernen Sie den Mieterverein kennen!

0711-210160

Mieterverein Stuttgart
und Umgebung e. V.
Mosorstraße 5
70182 Stuttgart



Wir sind für den Mieter da.

Der Mieterverein ganz in Ihrer Nähe:
Immer dienstags 14- 16 Uhr
Beratung in der alten Rohrer Schule,
Egelhaafstr. 1, Raum 1
Um Voranmeldung wird gebeten.

Biologische Bautechnik
Wärmedämmtechnik



www.orso-gmbh.de

Montage und Verkauf: Ökologische Bau- und Dämmstoffe
Naturfarben - Dachfenster - Dach- und Innenausbau
Holzböden - Solaranlagen
Jetzt: Dieselstr. 26, 70771 Leinfelden-Echterdingen
Telefon 0711.6572598

**LEBEN
OHNE
RAUFASER**

lutz weidner
malereibetrieb



Ästhetische
Oberflächengestaltung

Fon. 0711 . 84 955 - 90
fax. 0711 . 84 955 - 91
kirchstraße 47
d - 70771 leinfelden-e.

mit natürlichen Materialien

Wie Unternehmerverbände Meinung machen

Mehr Markt, weniger Staat

Im Jahr 2000 stellte sich für Martin Kannegiesser, Präsident der Metallunternehmer, das Problem so dar: Dass die Reformen zum Abbau des Sozialstaates und mehr Unternehmerfreiheit nicht schnell genug voran kamen, lag weniger an der rot-grünen Regierung oder den Politikern allgemein, die schon wussten, was man machen muss, sondern daran, dass sie sich nicht recht trauten aus Rücksicht auf die Wähler, die keine Reformen wollen.

In einer Umfrage nämlich hatten 67% der Befragten mit dem Wort Reform vor allem „Befürchtungen“ und „Skepsis“ verbunden. Und besonders im Osten fiel ihnen zu dem Begriff „soziale Marktwirtschaft“ erst mal „Egoismus“ und „Ausbeutung“ ein.

Kannegiessers Fazit: „Was die Bevölkerung will und was die Führungskräfte der Wirtschaft für notwendig halten, klappt meilenweit auseinander.“ Was die Wirtschaft für notwendig hält, hatte Dieter Rückert, Deutschlands erfolgreichster Managervermittler kurz und bündig erklärt: Arbeitskosten runter, mehr private Vorsorge, weniger Kündigungsschutz, weniger Arbeitslosenhilfe.

Was also tun, wenn man zwar die Regierung samt des größten Teils der Opposition auf seiner Seite hat, das Volk aber partout die gewünschte Einsicht nicht zeigen will.

Was bei der Produktwerbung gelingt, nämlich dass die Leute meinen, Dinge zu brauchen, die ihnen zuvor nicht gefehlt hatten, müsste doch auch in Bezug auf Einstellungen und Meinungen zu machen sein. Eine gross angelegte Umerziehungsmassnahme sollte stattfinden mit dem Ziel: Die Beschäftigten samt Arbeitslosen begreifen die Interessen der Wirtschaft auch als die ihren.

50 Mio. Euro stellten Metall- und Elektroindustrie dafür bereit und beauftragten mit Scholz&Friends eine der bekanntesten und kreativsten PR-Agenturen mit der Umsetzung des gewünschten Meinungswandels. Die Forderung, der Staat solle sich darauf beschränken, günstige Verwertungsbedingungen für die Wirtschaft zu schaffen und alles andere dem Einzelnen überlassen, erhielt

die griffige und die dahinter stehenden Interessen zugleich verschleiernde Form: Weniger Staat, mehr Markt.

Rund 40 Mitarbeiter von Scholz&Friends entwickelten daraus die Idee der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM), die so erfolgreich wurde, dass die Metallindustrie ihr jetzt weitere 50 Mio Euro für die nächsten 5 Jahre bereit stellen will.

Das Geheimnis des Erfolgs: Anders als andere PR-Projekte zur Förderung einer wirtschaftsfreundlicheren Stimmung, die vor allem mit Anzeigen und Fernsehspots agieren und so nur schlecht verbergen können, dass da etwas „verkauft“ werden soll, setzt die INSM tiefer an. Der Aufbau eines Kreises von „Kuratoren“ und „Botschaftern“ aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft ermöglicht es der Initiative, ihre Inhalte überall in den Medien unterzubringen, ohne dass deutlich wird, dass es sich dabei sozusagen um Auftragsmeinungen handelt. Inzwischen läuft kaum eine politische Talkshow von Illner bis Christiansen ohne einen oder mehrere Botschafter der INSM ab, zu denen u.a. neben Prof. Dr. Hans Tietmeyer (Ex-Bundesbankpräsident), Dagmar Schipanski (Ministerin f. Wissenschaft u. Forschung, CDU) Oswald Mezger und Christine Scheel (Grüne), Erwin Staudt (Ex Vorsitzender Geschäftsführer IBM Deutschland,Präsident VFB Stuttgart), Peter Glotz (SPD), auch zahlreiche „unabhängige“ Wirtschaftswissenschaftler wie Prof. Kirchof und Prof.Fels (Direktor des Instituts der dt. Wirtschaft) zählen. Auch der bisherige Wirtschaftsminister Clement (SPD) sowie der jetzige, Michael Klos und Edmund Stoiber zählten schon zu den Botschaftern der INSM. Ebenso wichtig wie die

Engelszunge 1

Die neue Bundesregierung beabsichtigt, die Löhne zu verdoppeln. Dafür muss jeder selbst für seine Altersversorgung aufkommen. Alle Oppositionsparteien haben bereits Zustimmung signalisiert. Die Regelung soll aber zunächst nur für die Abgeordneten des deutschen Bundestages gelten.



Mutmacher- Kampagnen (links: 2005, unten: 1934)

Ähnlichkeiten sind weder beabsichtigt noch zufällig.



„sprechenden“ Botschafter aber sind die von der Initiative erstellten Beiträge für Zeitungen und Fernsehen: Der TV-Service der INSM produziert sendefertige Beiträge, stellt O-Töne und Schnittbilder zur Verfügung und vermittelt Interviewpartner. Die Redaktionen, nehmen die „geschenkten“ oder gar noch bezahlten Beiträge und Produktionen gerne an und wir lesen und sehen dann scheinbar unabhängige Fachberichte oder genieses unterhaltsame Serien wie den Marienhof, in der die INSM mehrfach Dialoge gekauft hat, um die Botschaft: Lohnnebenkosten runter, Arbeitszeiten rauf auch der Jugend unauffällig nahe zu bringen.

Noch wirksamer, weil langfristig kostensparend, ist es, gleich die Journalisten entsprechend zu schulen: An der RTL-Journalistenschule finanziert die Initiative z.B einen Workshop zum Thema: „Welche Reformen braucht Deutschland.“

Lehrer können fertig ausgearbeitete Unterrichtseinheiten kostenlos von den Internetseiten der Initiative beziehen.

Besonders stolz sind die Meinungsmacher wenn es ihnen gelingt, die Wirtschaft störende Begriffe neu zu de-

finieren und im gesellschaftlichen Bewusstsein zu verankern. Die von Scholz&Friends erfundene Neudefinition des Begriffs „sozial“ ist inzwischen in aller, zumindest führenden Politiker, Munde: „Sozial ist, was Arbeit schafft“.

Wer die aktuellen Diskussionen zu Fragen der Wirtschaft und des Sozialstaates verfolgt, wird feststellen, dass es hier einem Interessensverband zunehmend gelingt, seine Einzelinteressen als Allgemeininteresse zu verankern. Oder wer widerspricht z. B. heute noch der Forderung, dass die Lohnnebenkosten gesenkt werden müssten.

Herausgeber:

VorOrt-Verlag, Stgt.-Vaihingen
Verantwortlicher Redakteur:
Gerhard Wick

Verlagsanschrift:

VorOrt-Verlag,
Postfach 800980
70509 Stuttgart
Tel: 0711 / 745 05 23
Fax: 0711 / 745 05 24

Email:

vorort-vaihingen@arcor.de
www.vorort-vaihingen.de

Druck:

UWS Papier & Druck GmbH
Auflage: 13 000

Bankverbindung:

VR-Bank Stuttgart
Kontonummer: 1000 150 00
BLZ: 600 608 93

Nachrichten und Wirklichkeit

Immer fundiert informiert

Wenn Klaus Kleber im heute-Journal am Ende der Sendung den Nachrichtenüberblick mit den Worten ankündigt: „und nun alles was heute sonst noch geschah“, ahnt man schon, dass das, was dann kommt, nicht alles gewesen sein kann, was am Tag passiert ist. Wenn SWR1 (Slogan: Immer fundiert informiert) Nachrichten sendet, darf man annehmen, dass das, was da vermeldet wird nicht nur nicht alles, sondern alles auch ganz anders war.

(17.11.05 die zeit-online)
Wenige Tage vor einem geplanten Atommülltransport ins niedersächsische Zwischenlager Gorleben hat die Polizei einen Anschlag auf die Transportstrecke vereitelt. Unter einer Straße auf der Transportroute wurde eine perfide Vorrichtung zum Unterspülen der Fahrbahn ausgegraben.

19.11., 17:26 Uhr
Zug mit 12 Castorbehältern fährt in LaHague ab.

Maxéville 7:45: Atomkraft-Gegner/innen stoppen den Zug für eine Viertelstunde.

Nancy 07:54: Die Polizei ver-

treibt ca. 60 DemonstrantInnen aus dem Bahnhof.

20.11., 13:24 Uhr. Castorzug kommt in Wörth an. Die Polizei nimmt 50 Castorgegner/innen fest.

16:10 Uhr Anti-Atomkraft-Aktivistinnen blockieren den Zug in Bietigheim-Bissingen für eineinhalb Stunden. THW mit schwerem Gerät im Einsatz.

Nachrichten SWR1 21.11., 8.30 Uhr:
Der Transport von 12 Castor-Behältern aus Frankreich nach Gorleben verläuft weitgehend störungsfrei.
SWR1 – Immer fundiert informiert.

Neue Verbotsschilder alleine bewirken noch gar nichts

Trotz Halteverbot: Feldweg wird weiterhin stark befahren

Für den vor allem von Besuchern der Sportinsel immer wieder widerrechtlich befahrenen Feldweg in Verlängerung der Doggerstr. (VorOrt berichtete) hat die Verkehrsbehörde ein absolutes Halteverbot auf der gesamten Länge angeordnet. Warum für einen Weg, der für den Autoverkehr ohnehin gesperrt ist, ein Halteverbot verfügt werden

musste, erklärt H.U. Noll von der Verkehrsbehörde mit der Rechtslage: Während bei Verstößen gegen die Vorschriften im fließenden Verkehr nur der Fahrer haftbar gemacht werden kann, haftet für falsch geparkte Fahrzeuge der Halter. Weil sich aber auch an das Halteverbot nicht mehr halten als an das Einfahrverbot und nach wie vor in den Abendstunden 20 bis 30 Fahrzeuge dort parken, sollen jetzt Feldschutz und Polizei regelmäßig Kontrollen durchführen und Verstöße ahnden.



Vaihinger Bilderchronik kostenlos

VorOrt verlost drei Fotobände

In Zusammenarbeit mit dem Sutton-Verlag verlost VorOrt drei Ausgaben der im Herbst neu erschienenen Vaihinger Bilderchronik „Vaihingen in den 30er- und 40er-Jahren“ von Dietmar Speidel. Der 128 Seiten starke kommentierte Fotoband kostet 17,90 € und ist natürlich auch im Buchhandel erhältlich. Alles, was Sie tun müssen: Schreiben Sie uns, was Ihnen in und an Vaihingen gefällt und/oder was Ihnen miß-

fällt. Unter den bis zum 31.12.05 eingegangenen Einsendungen werden die Bücher verlost. Schreiben können Sie an die Post- oder Emailadresse. Auch entsprechend gekennzeichnete Einträge im Gästebuch auf unseren Internetseiten werden bei der Verlosung berücksichtigt.



(Fortsetzung von Seite 1)
an ein bereits bebautes.

Völlig verborgen scheint ihnen dabei zu bleiben, dass wo die Schäden blinden Wachstums mit nur noch weiterem Wachstum zu reparieren versucht werden, die Lebensqualität stetig abnimmt. Und das nicht nur, weil bei den neuen Wohngebieten gern die Schaffung einer angemessenen Infrastruktur „vergessen“ wird. Würde den Bewohnern des Lauchhau die Überbauung ihrer grünen Umgebung nicht damit schmackhaft gemacht, so endlich auch Einkaufsmöglichkeiten in der Nähe zu bekommen? Kamen aber nur weitere Einwohner, die jetzt zwei Hochhäuser akzeptieren sollen, um einen Supermarkt zu erhalten.

So verliert der Stadtbezirk nicht nur für die vorhandene Einwohnerschaft immer mehr an Attraktivität, auch die Käufer der schnell errichteten Wohnsilos werden – vielleicht zu spät – merken, dass die schönen Anpreisungen der Immobilien-Gesellschaften „Wohnen im Paradies“, „Wohnen im Rosenpark“ „Wohnen auf dem Schäfersfeld“ nicht ihre künftige Wohnrealität beschreibt, sondern allenfalls einen bisherigen Zustand, den man eben dabei ist restlos zu beseitigen.

Sprachreform

von Gerhard Wick

Weil der Wirtschaft das staatliche Sozialgedöns zunehmend ein Dorn im Auge ist, das Grundgesetz nun aber mal die BRD auf einen „sozialen Bundesstaat“ festlegt, war es höchste Zeit den Begriff „sozial“ neu zu bestimmen. Sozial ist nun, was Arbeit schafft. So konnte der Sozialstaat, den wir fast schon verloren glaubten, doch noch gerettet werden. Der Staat muss, um Sozialstaat zu sein nun nicht länger irgendwelche im Produktionsprozeß nicht mehr benötigte versorgen, sondern kann sich voll darauf konzentrieren, den Unternehmen die Bedingungen dafür zu schaffen, dass sie ihrer sozialen Aufgabe, Arbeiter und Angestellte für sich arbeiten zu lassen mit noch höheren Gewinnaussichten nachkommen können.



Niedrigere Löhne bei längerer Arbeitszeit, Aufhebung des Kündigungsschutzes, alles, was die Ausbeutung der Arbeitskräfte und damit die Gewinnerwartung erhöht, ist jetzt soziale Tat, weil es möglicherweise Arbeitsplätze bringt oder wenigstens erhält.

Wer heute sozial sein will, der wird vor allem die Lohnnebenkosten senken wollen. Das klingt gut und macht den Eindruck einer Entlastung aller, Arbeitgebern wie Arbeitnehmern. Dass es sich dabei nur für den Unternehmer um Kosten handelt, für den Beschäftigten aber um das Gegenteil, nämlich um einen Teil des Lohnes, den er als Versicherungsbeitrag verwendet, ist weitgehend aus dem veröffentlichten Bewusstsein verschwunden. Und so hört man zunehmend auch Arbeiter und Angestellte Beifall klatschen, wenn Politiker ankündigen, in diesem Bereich Kosten senken zu wollen.

Man kann es für Dummheit halten, wenn Arbeitnehmer der eigenen Lohnkürzung applaudieren. Nach der neuen Sprachregelung zeugt es aber immerhin von höchstem sozialen Bewusstsein.

Ki & Aikido

Unterricht für
Kinder und Erwachsene

Info: 678 78 25

www.ki-aikido-stuttgart.de

Engelszunge 2
Kompromiss ist, wenn zwei Parteien, von denen die eine die Mehrwertsteuer um 2% erhöhen will, die andere eine Erhöhung ablehnt, eine Koalition bilden, die sich auf eine Erhöhung von 3% einigt.